

Frank Lorenz Müller
Der 99-Tage-Kaiser

Frank Lorenz Müller

DER 99-TAGE-KAISER

FRIEDRICH III. VON PREUSSEN
PRINZ, MONARCH, MYTHOS

Aus dem Englischen von
Sibylle Hirschfeld

Siedler

Die englischsprachige Originalausgabe erschien 2011 unter dem Titel
Our Fritz. Emperor Frederick III and the Political Culture of Imperial Germany
bei Harvard University Press, Cambridge (Mass.) und London.



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Munken Premium liefert Artic Paper Munkedals AB, Schweden

Erste Auflage
April 2013

Copyright © 2011 by the President and Fellows of Harvard College

Copyright © der deutschen Ausgabe 2013 by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Rothfos + Gabler, Hamburg
Lektorat: Andrea Böltken, Berlin
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Stammbaum: Peter Palm, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2013
ISBN 978-3-8275-0017-5

www.siedler-verlag.de

Für Hugo und Nicholas

Inhalt

Einleitung	9
KAPITEL 1	
Drei prägende Beziehungen	23
KAPITEL 2	
Liberalismus und Kaisertum	89
KAPITEL 3	
Der Liebling der Nation	145
KAPITEL 4	
Die Politik der Thronfolge	205
KAPITEL 5	
Krankheit und Herrschaft	257
KAPITEL 6	
Der Kampf um das Andenken	311
Schlussbetrachtung	355
ANHANG	
Anmerkungen	375
Quellen und Literatur	425
Dank	445
Register	449
Bildnachweis	461

Einleitung

Am 15. Juni 1888, nur neunundneunzig Tage nach seiner Thronbesteigung, erlag Friedrich III., König von Preußen und deutscher Kaiser, einem Krebsleiden. Er stand im siebenundfünfzigsten Lebensjahr und war bereits ein sterbenskranker Mann, als er am 9. März die Nachfolge seines neunzigjährigen Vaters, Kaiser Wilhelms I., antrat. Seit im Frühjahr 1887 bekannt geworden war, dass der Thronfolger an einer mysteriösen Erkrankung des Kehlkopfes litt, hatte sein tragisches Schicksal das Volk in Atem gehalten. Die Geschichte einer überaus beliebten Persönlichkeit, die ein grausames Los mit heldenhaftem Mut ertrug, bewegte die Menschen im In- und Ausland. Seit mehr als zwei Jahrzehnten war der Kronprinz ein gefeierter Nationalheld, ein Mann, der weit über die Grenzen Preußens und sogar Deutschlands hinaus eine fast beispiellose Popularität genoss. Der Gedanke, dass Friedrich einem qualvollen Tod entgegensah, war für manche schier unerträglich. In ihrer Verzweiflung hatte eine ganze Reihe von Personen Berichten zufolge angeboten, sich für den kranken Kaiser zu opfern, indem sie ihm ihren eigenen gesunden Kehlkopf als Transplantat zur Verfügung stellen wollten.¹

Doch Friedrichs Leiden erregte nicht allein als menschliche Tragödie Aufmerksamkeit; auch politisch war die tödliche Erkrankung des Kaisers von außerordentlicher Bedeutung. Als Friedrich III. starb, war das Deutsche Reich zum mächtigsten Staat auf dem europäischen Festland aufgestiegen. Selbst jene Zeitgenossen, die Friedrichs persönliches Elend unberührt ließ, kamen um die Beschäftigung mit der Frage, wer nach ihm die Zügel dieses machtpolitischen Neulings in den Händen halten würde, nicht herum. Im Rückblick scheint den Ereignissen von 1888 eine noch größere Tragweite zuzukommen. Dem Historiker Heinrich August Winkler zufolge mündeten sie in »einen bis heute fortwirkenden Mythos: die verbreitete Meinung, Kaiser Friedrich hätte, wäre

ihm eine längere Regierungszeit beschieden gewesen, der deutschen Geschichte eine andere Richtung gegeben – im Innern eine liberale Wendung, nach außen Verständigung mit England.«² Anstatt eine solch wünschenswerte Entwicklung unter der Regierung eines friedfertigen, liberalen Monarchen zu durchlaufen, der mit den politischen und sozialen Entwicklungen des Westens eng vertraut war, sei Deutschland auf eine desaströse Bahn geraten. Dem Wunschbild eines aufgeklärten Kaisers Friedrich, der Deutschland eine idyllische Zukunft beschert hätte, wird das Schreckbild Kaiser Wilhelms II. gegenübergestellt, die Geschichte des illiberalen, militaristischen und aggressiven Sohnes Friedrichs III. und eines Reiches, dessen verhängnisvolle Tendenzen der letzte Hohenzollernherrscher angeblich verkörperte und noch verstärkte. Auf diese Weise wird eine direkte Verbindung zwischen dem frühen Ableben des vermeintlich liberalen Kaisers und dem Ersten Weltkrieg bis hin zu den späteren, noch größeren Katastrophen hergestellt. In dem vorliegenden Werk wird es darum gehen, die dieser Sichtweise zugrunde liegenden Legenden auf ihren Realitätsgehalt zu untersuchen, sich mit den Wurzeln dieser Mythen zu beschäftigen und nach den Gründen für ihre Popularität und Langlebigkeit zu fragen.

Die Stärke des Preußisch-Deutschen Reiches von 1871, bei dessen Gründung Friedrich eine bedeutende Rolle spielte, war auf der internationalen Bühne ein Novum. Als europäische Großmacht hatte sich Preußen bis dato nie dauerhaft etablieren können. Bis zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts bestand das Königreich Preußen aus einer weit über Nordeuropa verstreuten Ansammlung unterschiedlicher Territorien, deren Grenzen sich im Grunde nicht verteidigen ließen. Das Königreich war dünn besiedelt, und Bodenschätze besaß Preußen kaum. Sein plötzlicher Aufstieg unter König Friedrich II. (1740–1786), dem »Großen«, der aus mehreren Kriegen gegen unterschiedliche Großmachtallianzen zwar schwer angeschlagen, aber ungebrochen hervorging, war aus Sicht der Zeitgenossen denn auch das reinste Wunder. Nur zwei Jahrzehnte nach Friedrichs Tod stand Preußen vor der Zerschlagung. Nachdem es 1806 eine vernichtende Niederlage durch Napoleon erlitten hatte, fand sich das Land zu einem verstümmelten und besetzten Satellitenstaat des französischen Kaisers degradiert. Sieben Jahre später

stieg Preußen, dank einer Reihe innerer Reformen erstickt und modernisiert, erneut wie Phönix aus der Asche empor: Als sich die Reste der besiegten Grande Armée 1813 auf dem Rückzug aus Russland befanden, schloss sich Preußen der Koalition gegen Napoleon an und trug entscheidend zum Sieg der Alliierten über Frankreich bei.

Die Feldzüge der Jahre 1813 bis 1815 und die im Wiener Kongress erzielte Neuordnung Europas bestätigten nicht nur, dass Preußen in den Kreis der Großmächte zurückgekehrt war; in diesen Jahren veränderte sich auch das Verhältnis zwischen Preußen und Deutschland. Zum einen führten preußische Staatsmänner, Militärs und sogar König Friedrich Wilhelm III. (1797–1840) während des Kampfes gegen Napoleon das Vokabular und die Argumente des deutschen Nationalismus ins Feld, um das Volk zu mobilisieren und hinter der Krone zu einen. Die nationale Idee, die großen Rückhalt in der aufstrebenden Mittelschicht genoss, wurde so zu einer mächtigen politischen Kraft. Zum anderen wurden Teile des Rheinlands, Westfalens und ein großer Teil Sachsens aufgrund der territorialen Veränderungen, auf die man sich in Wien geeinigt hatte, zu preußischen Provinzen. Damit war der geopolitische Schwerpunkt Preußens nun unbestreitbar deutsch. Diese Entwicklungen führten allerdings auch dazu, dass Preußen in eine janusköpfige Beziehung mit der anderen deutschen Großmacht geriet: dem österreichischen Kaiserreich. Während die beiden Staaten einerseits um die Vorherrschaft innerhalb des Deutschen Bundes wetteiferten – jener Konföderation von mehr als dreißig deutschen Staaten, die 1815 gegründet worden war –, fanden sie sich andererseits als Partner in einem politischen Projekt zusammen, das darauf zielte, jegliche Form revolutionärer Unruhe durch die konsequente Anwendung des monarchischen Prinzips zu unterdrücken.

Preußen gab sein innenpolitisches Reformprogramm zugunsten dieser autoritären Politik auf und enttäuschte damit all jene, deren Begeisterung für liberale Veränderungen und ein stärker geeintes Deutschland während der Kriege gegen das napoleonische Frankreich entfacht worden war. Dieses Dilemma aufzulösen wäre der Quadratur des Kreises gleichgekommen, und weder König Friedrich Wilhelm III., der seine Versprechen, dem Land eine Verfassung zu geben, geflissentlich vergaß,

noch seinem Sohn, König Friedrich Wilhelm IV. (1840–1861), sollte dieses Kunststück gelingen. Österreich blieb ein erbitterter Rivale in der deutschen Arena, und der Konservatismus der monarchischen Kräfte in Preußen sorgte weiterhin für die enge Verbindung des Königreiches mit dem reaktionären Habsburgerreich. Die erstarkenden Kräfte der politischen Opposition – die für Preußen eine konstitutionelle Monarchie mit garantierten Bürgerrechten und einer gewählten Legislative, für Deutschland als Ganzes eine größere Einheit und ein energisches Eintreten für die Interessen der gesamten Nation forderten – ließen sich so kaum beruhigen oder gar für eigene Zwecke nutzen.

Erst die Revolution von 1848/49 beförderte Preußen in das konstitutionelle Zeitalter. Der im Dezember 1848 oktroyierte Verfassungskompromiss begrenzte die Macht des Monarchen durch die Einsetzung eines Parlaments, dem die Verabschiedung der Gesetze und die Billigung der Staatsausgaben oblag. Die königliche Kontrolle über die Exekutive und insbesondere die Kommandogewalt des Herrschers über das Militär blieben davon allerdings im Wesentlichen unberührt, und auch der Versuch, Österreichs zeitweilige Schwäche zu nutzen, um Preußen die Vorherrschaft in Deutschland zu sichern, scheiterte. Als die Gegenrevolution den Sieg davontrug, verschanzte sich König Friedrich Wilhelm IV. innenpolitisch hinter einem Panzer autoritärer Strenge und außenpolitisch hinter unentschiedener Servilität gegenüber Russland und Österreich.

In den Augen der Welt war Preußen schon bald keine Großmacht mehr. Als neutrales Land von scheinbar minderer Bedeutung wurde es vom Pariser Kongress, auf dem 1856 das Ende des Krimkrieges ausgehandelt wurde, im Grunde ausgeschlossen. Die Londoner *Times* kommentierte im Oktober 1855, das Ergebnis der von Berlin verfolgten Politik sei »ein zweifaches: Preußen hat seinen Status als Macht ersten Ranges so vollkommen eingebüßt, dass seine Teilnahme an den europäischen Gremien eigentlich Betrug ist. ... Ein weiteres Resultat ist, wenn wir uns nicht sehr täuschen, ein breiter und unüberbrückbarer Gegensatz zwischen dem Hof und dem preußischen Volk.« Dieser, so die Zeitung, erhöhe die Wahrscheinlichkeit, dass das gegenwärtige illiberale System schon bald durch eine Revolution hinweggefegt werde.³

Den Anlass für ein so harsches Urteil über Preußen bot Londons altherwürdiger Tageszeitung die Nachricht von der Verlobung der ältesten Tochter Königin Victorias mit dem preußischen Thronerben. Prinz Friedrich Wilhelm, so beharrte die *Times*, sei der Prinzessin schlicht nicht würdig. Die Verbindung mit einem so schwachen, despotischen und daher dem Untergang geweihten Land wie Preußen könne für Großbritannien und seine königliche Familie nur zu einer peinlichen Angelegenheit werden. Dreiunddreißig Jahre später starb der Mann, der 1855 als preußischer Prinz verhöhnt worden war, als deutscher Kaiser Friedrich III. Als William Henry Smith, der Vorsitzende der Regierungsfraktion, im Juni 1888 im britischen Parlament den Antrag auf Übermittlung eines offiziellen Beileidschreibens des Hohen Hauses begründete, erinnerte er die Abgeordneten an den »herzlichen und freudigen Empfang«, der dem »Schwiegersohn der Königin und Thronerben eines großen und wohlgesinnten Reiches« noch im Jahr zuvor im Königreich bereitet worden sei.⁴ Der im Vergleich zu 1855 vollkommen andere Ton dieser Rede spiegelte das dramatische Ausmaß wider, in dem sich die politischen Verhältnisse in Europa seit den fünfziger Jahren verändert hatten.

Zwischen 1862 und 1871 hatte Otto von Bismarcks brillante Staatskunst in Kombination mit den militärischen Siegen über Dänemark, Österreich und Frankreich zur Gründung des Deutschen Reiches geführt, das als konstitutioneller Bundesstaat sämtliche deutschen Staaten mit Ausnahme Österreichs vereinte. Deutscher Kaiser wurde der preußische König. Durch eine Reihe ausgeklügelter Kompromisse wurde die Dominanz des Königreiches Preußen gegen die Forderungen der anderen Mitgliedsstaaten nach Vielfalt, Eigenständigkeit und Achtung ihrer jeweiligen Traditionen austariert. Um einen ähnlichen Ausgleich hinsichtlich der preußischen Tradition einer starken monarchischen Regierung zu erreichen, wurde die Macht des Reichstages, der auf der Basis eines allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrechts gewählt wurde, sorgfältig begrenzt. Das Parlament war für die Gesetzgebung und die Genehmigung des Etats zuständig, hatte aber keinerlei Kontrolle über den Reichskanzler. Dessen Regierungsgewalt hing allein vom Kaiser ab. So war ein Weg gefunden worden, nicht nur den For-

derungen des deutschen Nationalismus und sogar denen des Liberalismus, sondern auch den Interessen der preußischen Krone Rechnung zu tragen. Letztere hatte sich diese Ideologien doch noch zunutze gemacht, um das politische und militärische Ziel der deutschen Einheit unter preußischer Führung zu erreichen.

Die Lebensgeschichte des preußischen Thronerben ist, wie nicht anders zu erwarten, mit den Zeitläuften eng verwoben. Als Friedrich Wilhelm 1831, im vierunddreißigsten Jahr der Regierung seines Großvaters, König Friedrich Wilhelm III., geboren wurde, hatte dieser der fortschrittlichen Dynamik der preußischen Reformära längst ein Ende gesetzt und stand nun für die Einbindung des Königreiches in das konservative Lager. Symbolisiert wurde dies durch die Bereitwilligkeit, mit der sich die Herrscher von Russland und Österreich als Taufpaten des jungen Prinzen anboten. Als Jugendlicher war Friedrich Wilhelm daher dem Konservatismus des preußischen Hofes und dessen Militarismus ausgesetzt. Der Prinz kam indes auch – hauptsächlich durch seine Mutter – mit den Ideen eines gemäßigten Liberalismus in Berührung.

Er sang mit seinen Jugendfreunden die patriotischen Lieder, mit deren Hilfe die nationale Bewegung ihre Vorstellungen verbreitete, und erlebte als Siebzehnjähriger hautnah die Berliner Revolution von 1848. Gewehrkugeln zischten an ihm vorbei, während er die Truppen beim Sturm auf die Revolutionäre beobachtete. In deren Handlungen konnte er zwar nichts als Verrat erkennen, dennoch begrüßte der Prinz das Prinzip einer verfassungsmäßigen Regierung. Als entschiedener Befürworter der liberalen Veränderungen, mit denen die Regentschaft seines Vaters 1858 begann, geriet Prinz Friedrich Wilhelm daher in eine missliche Lage, als der König seinen Kurs 1861 abrupt änderte. Konfrontiert mit einem Parlament, dessen Mehrheit sich den königlichen Plänen für eine Militärreform selbstbewusst widersetzte, ging König Wilhelm I. dazu über, seinen Willen durch eine Politik autoritärer und außerkonstitutioneller Maßnahmen durchzusetzen.

Zum Jahresende 1862 waren damit alle entscheidenden Personen und Kräfte auf der politischen Bühne versammelt, die schließlich Preußens Vorherrschaft im geeinten Deutschland herbeiführen und Friedrich Wilhelms politisches Leben bestimmen sollten: sein Vater, König

Wilhelm I., der Preußens militärische Macht ausbauen und die Vorrechte des Monarchen bewahren wollte; Otto von Bismarck, der vom König berufene Ministerpräsident, der Wilhelms Ansichten über die Monarchie zwar teilte, aber zur Zusammenarbeit mit den Kräften des Liberalismus und Nationalismus bereit war, wenn es den Interessen Preußens diente; eine selbstbewusste liberal-nationale Bewegung, deren Opposition gegen König Wilhelm und Bismarck allerdings durch die Hoffnung gezügelt wurde, dass Preußen bei dem Bemühen um nationale Einheit dereinst erfolgreich die Führung übernehmen werde. Der Kronprinz war sowohl von der Notwendigkeit einer Verfassung überzeugt als auch von dem Wunsch nach einer Vergrößerung Preußens und nach deutscher Einheit beseelt – ein Widerspruch, der ihm besonders zusetzte, da er sich gleichzeitig mit der Gehorsamspflicht seinem Vater gegenüber und dem entschiedenen Liberalismus seiner englischen Ehefrau konfrontiert sah.

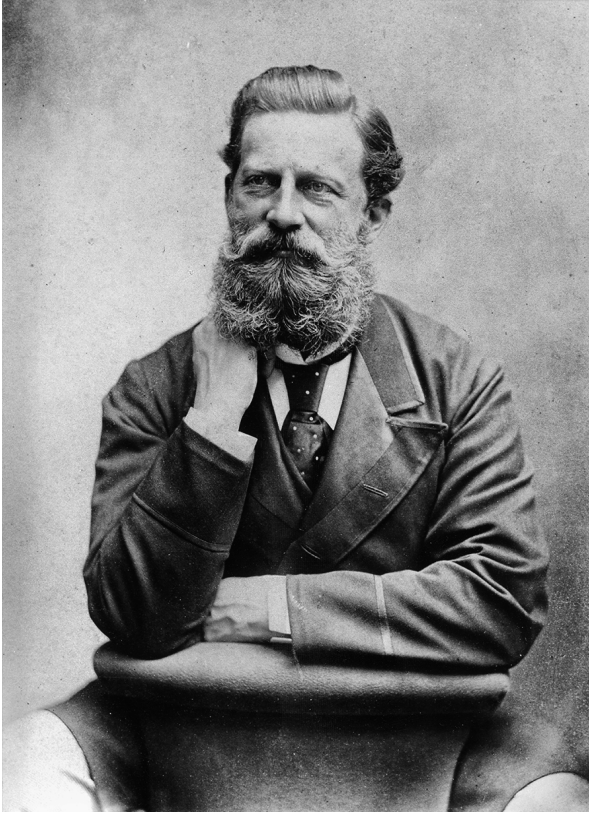
Nachdem er jedoch für seine einzige öffentliche Kritik an der Regierungspolitik eine scharfe Rüge erhalten hatte, verfiel Friedrich Wilhelm in eine mürrische Passivität. Diesen Schmollwinkel verließ der Kronprinz nur, um in den deutschen Einigungskriegen 1864, 1866 und 1870/71 ins Feld zu ziehen und so zu den Siegen über Dänemark, Österreich und Frankreich beizutragen. Doch danach erwartete den gefeierten Kriegshelden und begeisterten Befürworter des neu gegründeten Deutschen Reiches ein Leben erzwungener Untätigkeit. Da sein Vater und Reichskanzler Bismarck unausräumbare Zweifel an seiner politischen Zuverlässigkeit hegten und ihm daher jegliche reale Macht versagten, musste Friedrich Wilhelm schließlich siebzehn lange und zunehmend bedrückende Jahre auf den Thron warten. Dabei schien die Zeit ursprünglich für ihn zu arbeiten. Als das Reich im Jahr 1871 gegründet wurde, war Wilhelm I. fast 74 Jahre alt und die Herrschaft seines Sohnes schien unmittelbar bevorzustehen. Die Planungen für den Thronwechsel wurden intensiviert, als der greise Kaiser 1877 in sein neuntes Lebensjahrzehnt eintrat. Die Thronfolge Friedrich Wilhelms entwickelte sich zu einem Kardinalthema der deutschen Politik: Betrachteten die einen sie als großartige Gelegenheit, einen liberalen Wandel herbeizuführen, befürchteten die anderen eine gefährliche

Krise und den Niedergang der Monarchie. Dass das lange erwartete Ereignis im Mai 1888 schließlich unter tragischen Umständen stattfinden sollte, barg nicht nur eine grausame Ironie, sondern trug auch entscheidend zur Legendenbildung bei.

Dies ist ein Buch über Friedrich und die verschiedenen Rollen, die er in Staat, Politik und Gesellschaft spielte, in Preußen wie im Reich. Es ist in erster Linie eine Biographie, die Geschichte eines Mannes, der in außergewöhnlichen Zeiten und umgeben von außergewöhnlichen Menschen ein außergewöhnliches Leben lebte. Es dreht sich um den Menschen Friedrich und seine Beziehungen als Sohn, Verlobter, Ehemann, Schwiegersohn und Vater; es behandelt die Frage, was ihn formte und wie er andere beeinflusste, beleuchtet Friedrichs Stärken und Schwächen, geht seinen Freuden und Sorgen, Ängsten und Wünschen nach. Doch der Junge, der am 18. Oktober 1831 zur Welt kam, war keine Privatperson. Geboren wurde ein zukünftiger Monarch, der Erbe einer mit echter Macht ausgestatteten Krone; damit war er unweigerlich von großer politischer Bedeutung und stand im Zentrum des öffentlichen Interesses.

Aus diesem Grund – und angesichts der These, dass seine Regierung einen dramatischen Wandel bewirkt hätte – verdienen seine politischen Überzeugungen und Ziele eine sorgfältige Untersuchung; dasselbe gilt für die Hoffnungen und Befürchtungen, die andere in seine zukünftige Regierung hineinprojizierten, sowie für die Erwartungen und die politischen Manöver, die daraus resultierten – bis hin zu jenen, die durch seine hoffnungslose Schwäche ausgelöst wurden, als er endlich den Thron bestieg. Zudem gehörte Friedrich einer Generation an, die das Aufkommen politischer Massenbewegungen und die Anfänge des modernen Medienzeitalters erlebte. Daher ist auch die Art und Weise von Belang, wie der Kronprinz und Kaiser medial dargestellt und von den Zeitgenossen wie von späteren Betrachtern wahrgenommen wurde. Friedrichs politisches Nachleben rundet die biographische Betrachtung ab: Erörtert wird, wie man seiner gedachte, wie es zur Mystifizierung seiner Lebensgeschichte kam und welcher Nutzen damit verbunden war.

Ausgehend von der Biographie, soll das vorliegende Werk außerdem zu unserem Verständnis der politischen und gesellschaftlichen



Kronprinz Friedrich Wilhelm in einer Fotografie aus dem Jahr 1874. In der Öffentlichkeit war er seiner Zugänglichkeit, seiner Freundlichkeit und seines guten Aussehens wegen außerordentlich beliebt. Vor allem seine »gütigen« und »schönen« Augen wurden wiederholt hervorgehoben.

Bedeutung der Hohenzollernmonarchie in Preußen und Deutschland im neunzehnten Jahrhundert beitragen. Das von Kronprinz Friedrich Wilhelm respektive von Kaiser Friedrich III. gelebte Leben, die Rollen, die er spielte, und die Bilder, die er schuf, lassen sich gleichsam als Prisma verwenden, mit dessen Hilfe einige Phänomene, die für die Funktionsweise des monarchischen Systems der Hohenzollern von Gewicht waren, in neuem Licht erscheinen. Das betrifft in erster Linie die

Thronfolge – als eine stets wiederkehrende Konstellation, von der politische Instabilität ausgeht –, aber auch Erinnerung, Mythenbildung und die Erzählung einer dynastischen Legende: Prozesse, die sich zu einer monarchischen Geschichtspolitik verdichteten, also zu einem bewussten politischen Versuch, eine bestimmte Sicht der Vergangenheit öffentlich festzulegen. Daran schlossen sich Fragen danach an, wie sich die Dynastie den jeweiligen Öffentlichkeiten mit ihren unterschiedlichen politischen und kulturellen Ansichten präsentierte; welche Medien dafür eingesetzt wurden; welche Faktoren das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Mitgliedern des Königshauses und ihrer Umgebung bestimmten.

Mit Fragestellungen wie diesen wendet sich die Studie über einen eng definierten Bereich des Politischen – Hof, Regierung und Staatswesen – hinaus der deutschen »politischen Kultur« in einem weiteren Sinne zu. Gemeint ist damit nicht nur das »System aus empirischen Überzeugungen, ausdrucksstarken Symbolen und Werten, das die Situation bestimmt, in der die politische Handlung sich abspielt«, gemeint sind auch die Institutionen und Einzelpersonlichkeiten, die dieses System trugen und vermittelten⁵ – und zwar vor dem Hintergrund einer fundamentalen politischen Mobilisierung der deutschen Gesellschaft. In Preußen wie im Reich vollzog sich dieser Prozess im Rahmen des bestehenden autoritären Staates.

Im Übergang von der Honoratiorenpolitik zu einer Politik, welche die Massen einbezieht, trafen unterschiedliche Faktoren zusammen. Die Entstehung eines politischen Massenmarktes, auf dem unterschiedliche Akteure miteinander in Wettstreit treten mussten, wurde durch die wachsende Alphabetisierung und die Gründung moderner politischer Parteien und Interessenvertretungen erleichtert. Auch die zunehmende Verbreitung und Macht der Druckmedien spielten eine wichtige Rolle. Andere entscheidende Entwicklungen, die einen Wandel der preußisch-deutschen politischen Kultur bewirkten, wurden von oben implementiert; manche dieser Initiativen belegen allerdings einmal mehr die Gültigkeit des Gesetzes der unbeabsichtigten Folgen. Mit der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrechts für die Wahlen zum Deutschen Reichstag hatte Bismarck eigentlich die

liberale Bedrohung ausschalten wollen. Anstatt jedoch seine Gegner in sorgsam kontrollierten Wahlen und mithilfe eines starken, volkstümlichen Konservatismus zu besiegen, beschleunigte und erweiterte der Kanzler durch diesen Schritt die Politisierung der deutschen Gesellschaft. Letztlich zeigte sich der autoritäre Staat der Aufgabe, die Dynamik und Mobilisierung einer sich politisierenden Gesellschaft zum eigenen Nutzen zu steuern, nicht gewachsen.⁶

Dieses Scheitern war jedoch keineswegs unzureichenden Bemühungen oder ungenügenden staatlichen Mitteln geschuldet. Im Gegenteil: Gemeinsam kontrollierten Krone und Regierung den Beamtenapparat, die Polizei und das Militär. Der Kanzler konnte das Parlament im Grunde nach Gutdünken auflösen und Wahltermine so legen, dass sie mit außenpolitischen oder innerstaatlichen Krisen zusammenfielen. Mitunter zettelte er solche gar an, wenn es seinen Zwecken diene, und wurde dabei von Teilen der Presse unterstützt, die er häufig in seinem Sinne unter Druck setzen, umgarnen oder bestechen konnte. Hinzu kamen kulturelle und politische Phänomene, die zwar nicht direkt von oben gesteuert wurden, aber den ohnehin schon mächtigen Arm der Regierung dennoch stärkten. Die in der Reichsgründung gipfelnden siegreichen deutschen Einigungskriege beflügelten Empfindungen wie Nationalstolz und Königstreue, so dass es angesichts der weit verbreiteten Verehrung für den betagten Kaiser und den Kronprinzen ein Leichtes war, jede Opposition gegen die Regierung Wilhelms I. als unpatriotisch zu diffamieren. Solche Gefühle korrespondierten nahtlos mit der hohen Achtung, die das Militär genoss, und der Militarisierung zahlreicher Lebensaspekte im Kaiserreich. Durch ritualisierte Formen des öffentlichen Zeremoniells – zu Geburtstagen und Jubiläen des Kaiserhauses, zu militärischen und nationalen Gedenktagen – wurde die autoritäre politische Kultur noch gefestigt.⁷

So beeindruckend die politische Waffenkammer des konservativen Staates auch war, der Wandel ließ sich nicht aufhalten. Zum einen vollzog sich eine langsame, aber stetige Ausdehnung des Reiches auf Kosten seiner Bundesstaaten, verbunden mit der allmählichen Entstehung einer gesamtdeutschen nationalen Identität, hinter der die Loyalität der Deutschen gegenüber ihrem jeweiligen Heimatland nach und

nach zurücktrat. Als Kaiser Friedrich 1888 starb, waren die Bildung des deutschen Nationalstaats mehr oder weniger abgeschlossen und der Prozess einer weiteren Zentralisierung des Reiches unwiderruflich in die Wege geleitet – auch wenn dessen Symbole, allen voran die Person des Kaisers, niemals die der einzelnen deutschen Länder ausblendeten, sondern an deren Seite florierten. Zum anderen war diese Form der Nationalstaatsbildung eng mit der Ausweitung und Neuordnung des politischen Raumes verknüpft. Die aktive Beteiligung von immer mehr Bürgern am politischen Prozess – durch Mitgliedschaften in Parteien, Vereinigungen, Gewerkschaften und Lobby-Gruppen, als Leser einer zunehmend vielfältigen, selbstbewussten und politisierten Presse, und vor allem durch die Teilnahme an Wahlen – bewirkte einen Zeitenwechsel in der deutschen politischen Kultur. Tendenzen hin zu mehr Pluralismus und Partizipation in der Politik verbanden sich und markierten den Beginn einer Entwicklung, die auf eine fundamentale Demokratisierung hinauslief.⁸

Was die Kontrolle der Wahlpraktiken und die Herbeiführung bestimmter Wahlergebnisse anging, so folgert Margaret Anderson, ähnelte die deutsche Regierung, die ja innerhalb eines Verfassungsrahmens operierte und durch Gesetze gebunden war, nicht dem gebieterischen Caesar, sondern eher dem Riesen Gulliver – festgezurret von einer vielköpfigen Menge ameisenhafter Liliputaner. Dies zeigt sich überdeutlich an Bismarcks Versuchen, die politischen Ambitionen zuerst des deutschen Katholizismus und dann der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu vereiteln. Anstatt nachzugeben, festigten beide Gruppierungen angesichts des staatlichen Drucks ihre gesellschaftlich-politischen Milieus. Als Massenorganisationen ergriffen sie außerdem die Chancen, die ihnen das verhältnismäßig weit gefasste Wahlrecht zum Reichstag bot, und nutzten ihre Wahlerfolge, um sich gegen die Stigmatisierung als Außenseiter zu verteidigen und ihre Widerstandsfähigkeit unter Beweis zu stellen.⁹ Zieht man die Stärke des Liberalismus auf kommunaler Ebene und die beachtlichen Erfolge des deutschen Bürgertums in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft mit in Betracht, so fällt zweierlei ins Auge: die ausgesprochene Heterogenität der politischen Kultur im Reich und die Gegensätzlichkeit einiger ihrer wichtigsten Faktoren. Das deut-

sche Kaiserreich blieb ein autoritärer Staat, konstatiert Thomas Nipperdey, aber gleichzeitig etablierte sich daneben eine selbstbewusste Zivilgesellschaft.¹⁰

Kaiser Friedrich, so wird in diesem Buch gezeigt werden, verkörperte eine ganze Reihe dieser eigentümlichen Gegensätze und trieb sie mitunter sogar noch voran. Er erkannte die Macht der Medien und der Öffentlichkeit und war darauf bedacht, sie zu nutzen, tat dies aber häufig zur Selbstdarstellung des Kaiserhauses und zur Verbesserung des dynastischen Ansehens. Er nahm mit wahrer Hingabe an der bürgerlichen Kultur teil, besaß jedoch eine übertriebene Vorstellung von der Majestät seines kaiserlichen Amtes. Er war ein glühender Verfechter der Idee, den Reichsinstitutionen mehr Kompetenzen einzuräumen, und verteidigte dennoch die entscheidenden Vorrechte der preußischen Krone. Sein Liberalismus verband eine prinzipientreue Befürwortung der verfassungsmäßigen Regierung mit Skepsis gegenüber einem weit gefassten Wahlrecht, mit bitterer Feindschaft gegenüber den politischen Vertretern des Katholizismus und der Arbeiterschaft sowie mit der Bereitschaft, Bismarck im Amt zu behalten.

Auch im Persönlichen war das Leben Friedrichs III. durch ungewöhnlich scharfe Gegensätze gekennzeichnet. Als eine außerordentlich beliebte und verehrte Person des öffentlichen Lebens genoss er eine derartige Hingabe, dass Fremde ihr Leben opfern wollten, um ihn zu retten. Fast alle ihm Nahestehenden jedoch, sein Vater und sein ältester Sohn eingeschlossen, behandelten ihn mit Kälte und Missachtung. Über Jahrzehnte wurden Erwartungen dramatischer Veränderungen in ihn und sein künftiges Handeln hineinprojiziert; viele blickten seiner künftigen Herrschaft mit zuversichtlicher Hoffnung oder düsteren Vorahnungen entgegen. Der Thronerbe selbst indes verharrte im Vagen und konnte eine ihm eigene Unbestimmtheit und Unentschlossenheit niemals überwinden. Als Kronprinz von Preußen und des Deutschen Reiches und später als König und Kaiser lebte Friedrich ein Leben an der Schwelle zu außergewöhnlicher Macht, aber als das entscheidende Kennzeichen seiner Existenz sollte sich seine Schwäche erweisen.

Bei dem Versuch, diese offenkundigen Widersprüche zu ergründen, stößt man immer wieder auf drei Faktoren: die individuellen

Eigenschaften der beteiligten Personen, das gesetzliche und machtpolitische Rahmenwerk, das die Stellung des preußischen Thronerben bestimmte, sowie die allgemeine politische Kultur im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts. Um deren Zusammenspiel – und Spannungsverhältnis – sowie den Anforderungen einer Lebensgeschichte gerecht zu werden, bei der lange Perioden durch Untätigkeit gekennzeichnet waren, wird diese hier in einer Kombination aus chronologischer und thematischer Gliederung erzählt. Im ersten Kapitel geht es um die drei persönlichen Beziehungen, die Friedrichs Leben am stärksten prägten: zunächst die zu seinem Vater, dann die zu seiner Frau, Victoria, und schließlich die zu dem politischen Titan Otto von Bismarck. Das zweite Kapitel handelt von Friedrichs politischen Ideen und Überzeugungen, insbesondere seinem Liberalismusverständnis, von seiner Haltung zum Nationalismus und seiner Auffassung vom Kaisertum. Die öffentliche Figur, die der Kronprinz abgab, und die Popularität, die er dadurch erzielte, werden im dritten Kapitel untersucht. Kapitel vier ist den taktischen Schachzügen und den parteipolitischen Machenschaften gewidmet, die durch die Erwartung seiner Thronfolge ausgelöst wurden. Friedrichs unheilbare Krankheit und die Ereignisse seiner kurzen Regierungszeit sind das Thema des fünften Kapitels. Das sechste und letzte Kapitel dreht sich um die vielfachen und widersprüchlichen Bemühungen, den posthumen Mythos des Kaisers zu gestalten und zu kontrollieren.

KAPITEL 1

Drei prägende Beziehungen

Am 18. Oktober 1831 donnerten 101 Salutschüsse über Berlin, um den Einwohnern der preußischen Hauptstadt die frohe Botschaft zu verkünden: Prinzessin Augusta, die Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Preußen, hatte einem gesunden Jungen das Leben geschenkt. Die Ehe des Kronprinzen, des älteren Bruders Prinz Wilhelms, war auch nach acht langen Jahren kinderlos geblieben, aber mit der Geburt dieses Stammhalters schien die Zukunft der Hohenzollerndynastie wieder gesichert. Der Großvater des Neugeborenen, König Friedrich Wilhelm III., eilte sofort nach Potsdam zum Neuen Palais, um das Kind willkommen zu heißen, das eines Tages seine Krone tragen sollte. Es wurde vielfach angemerkt, dass der Geburtstag des mutmaßlichen Thronerben auf ein besonderes Datum gefallen war: den Jahrestag der Schlacht bei Leipzig, des großen Sieges über Napoleon im Jahr 1813. Das galt als gutes Omen. Wenige Wochen später wurde der kleine Prinz auf den Namen Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl getauft. Die lange Liste seiner Paten – es gab deren 21, darunter den russischen Zaren, den Kaiser von Österreich, die Königin der Niederlande, den Großherzog von Sachsen-Weimar und den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz – macht deutlich, wie das Leben der Fürsten im neunzehnten Jahrhundert mit dynastischen und politischen Beziehungen vernetzt war, die weit über ihre persönlichen Belange hinausgingen.

Jeder Mensch wird durch die Natur, durch das menschliche Umfeld, durch eigenen Willen und das Schicksal geprägt. Die Persönlichkeit und das Leben eines künftigen Königs von Preußen und deutschen Kaisers wurden zudem durch Faktoren wie Dynastie, Tradition, Politik und Macht beeinflusst, Faktoren, die sich zum Teil gegenseitig verstärkten, einander überlagerten oder auch in Widerspruch zueinander gerieten. Im Falle Friedrich Wilhelms standen für diese verschiedenen Kräfte ins-

besondere drei Personen, die den Thronerben in entscheidender Weise formten: sein Vater, Kaiser Wilhelm I., seine Gemahlin, Prinzessin Victoria, und der beherrschende Staatsmann seiner Epoche, Otto von Bismarck. Die Beziehung Friedrich Wilhelms zu seinem Vater enthielt alle emotionalen Aspekte einer engen Familienbindung, allerdings eingefasst in einen dynastisch-hierarchischen Kontext. Wilhelm, langlebig und durch den relativ frühen Tod seines älteren Bruders früh auf den Thron gekommen, war drei Jahrzehnte lang auch Friedrich Wilhelms Souverän. Die Vater-Sohn-Beziehung wurde damit um Elemente monarchischer Macht ergänzt; politische Meinungsverschiedenheiten erhielten dadurch besondere Bedeutung. Das unauflöbliche Dilemma im Verhältnis zwischen Herrscher und Thronfolger – dass der Sohn seine künftige Position zwar dem Leben seines Vaters verdankt, ihre Verwirklichung jedoch dessen Tod – bestimmte letztlich Friedrich Wilhelms gesamtes Dasein. Die liebevolle Verbindung zu seiner Frau, Prinzessin Victoria, bedeutete für den Kronprinzen hingegen Zuflucht und Trost, war für Außenstehende aber auch Anlass zur Sorge, denn Victorias Charakter und ihr Ruf sowie die Eheführung der beiden hatten durchaus politische Konsequenzen. Die Beziehung des Kronprinzen zu Otto von Bismarck wiederum ähnelte in mancherlei Hinsicht dem Verhältnis zu seinem Vater. Phasen der Übereinstimmung und Zusammenarbeit wechselten mit solchen, die von Konflikt und schlecht verhohlenen Groll geprägt waren. Letztlich musste sich Friedrich Wilhelm der überlegenen Macht beugen, über die Bismarck als Begründer des Deutschen Reiches verfügte. Anders als im Verhältnis zu seinem Vater wurden die emotionalen Verletzungen, die Bismarck dem Kronprinzen zufügte, jedoch weder durch kindliche Zuneigung noch durch das Gefühl dynastischer Verpflichtung oder die Erwartung gemildert, dass der Gegner in absehbarer Zukunft aus dem Leben scheiden würde.

Sohn und Erbe: Friedrich Wilhelm und sein Vater

Es scheint eine bedauerliche, aber durchaus offen eingestandene Tradition der Hohenzollern gewesen zu sein, dass die Beziehungen zwischen Vater und Sohn – zwischen dem Monarchen und seinem Nachfolger – bestenfalls angespannt und schlimmstenfalls beinahe mörderisch waren. Als König Friedrich Wilhelm I. von Preußen 1740 dem Tode entgegendämmerte, ging seine Macht auf einen Sohn über, dessen Verhältnis zum Vater fast durchweg katastrophal gewesen war. Der sterbende Monarch zahlte dafür mit einem Würdeverlust, der den Schriftsteller Reinhold Schneider zu einem düsteren Aphorismus über dieses Merkmal der preußischen Dynastie veranlasste: »Könige sind keine Väter, werdende Könige keine Söhne.« Kaiser Wilhelm II., der letzte Hohenzoller auf dem Thron, las Schneiders Roman in seinem niederländischen Exil und stimmte der Beobachtung des Autors ausdrücklich zu. Wilhelms Vater war sich dieses Phänomens ebenfalls schmerzlich bewusst gewesen. Nach einem bitteren Streit mit seinem Sohn gestand Kronprinz Friedrich Wilhelm im November 1883 seiner Frau gegenüber ein, »daß die hergebrachte unerquickliche Spannung zwischen Vater u. Sohn in der Preuß. Familie, nun auch bei uns sich einstelle«.¹

Die Last der unerquicklichen Familientradition war in der Tat geradezu erdrückend. In den dreißiger Jahren des siebzehnten Jahrhunderts hatte sich Friedrich Wilhelm, der spätere Große Kurfürst, anfänglich sogar geweigert, nach einem Aufenthalt in den Niederlanden an den Hof seines Vaters zurückzukehren. Als er schließlich in Berlin eintraf, behandelte sein Vater, Kurfürst Georg Wilhelm, ihn wie einen Fremden, was die Furcht des Prinzen schürte, dass die Minister seines Vaters planten, ihn, den Thronfolger, zu ermorden. Nach seiner Thronbesteigung brachte Friedrich Wilhelm dem eigenen Sohn dann gleichfalls nichts als Missachtung entgegen. Dieser wiederum war derart um seine Sicherheit am Hofe besorgt, dass er sich zweifelhafter Elixiere bediente, welche die Wirkung einer möglichen Vergiftung abwenden sollten. 1688 trat er als Kurfürst Friedrich III. die Nachfolge seines Vaters an und verlieh sich 1701 den Titel König Friedrich I.; dem

offenen Konflikt mit dem eigenen Sohn ging er durch Versöhnlichkeit aus dem Weg. Dessen zerstörerische und oft hasserfüllte Beziehung zu seinem Sohn, dem späteren König Friedrich II., trug dagegen Züge einer griechischen Tragödie: Der Kronprinz begegnete dem brutal autoritären Verhalten König Friedrich Wilhelms I. mit zynischer Unaufrichtigkeit, und sein erfolgloser Fluchtversuch im Jahr 1730 führte zu einer Krise, die ihn in den Kerker und an den Rand der Todesstrafe brachte. Schließlich musste er die Hinrichtung seines engen Freundes Katte mit ansehen, während Gefängniswärter sein Gesicht an ein Fenster pressten, das auf den Richtplatz blickte.²

Diese Grausamkeit stellte den Tiefpunkt der traurigen Geschichte von Preußens königlichen Vätern und ihren Söhnen dar. An dem Ruf der Hohenzollern als zutiefst gestörter Familie änderte sich jedoch in den kommenden 150 Jahren nichts. Als der neunzigjährige Kaiser Wilhelm I. dahinsiechte, während sein Sohn bereits todkrank war und sein Enkel ungeduldig sein Erbe erwartete, konnte der Diplomat Friedrich von Holstein über das Verhalten der drei Männer nur den Kopf schütteln. »In allen drei Generationen ist die Gefühlswärme wenig entwickelt«, notierte er trocken am 13. Februar 1888 in seinem Tagebuch.³

Kronprinz Friedrich Wilhelm und sein Vater durchlebten nicht die dramatischen Untiefen von Furcht und Hass der früheren Generationen, und gelegentlich kamen sogar gegenseitiger Respekt und Zuneigung zum Ausdruck. Dennoch bestätigten diese Ausnahmen nur die Regel der unglücklichen Hohenzollerntradition. Während der gesamten drei Jahrzehnte seiner Herrschaft, erst an der Spitze der preußischen Monarchie, dann des Deutschen Reiches, vertraute Wilhelm I. seinem Sohn niemals gänzlich, sondern zweifelte stets an dessen Fähigkeiten, suchte den Kronprinzen zu kontrollieren und seinen Einfluss zu beschneiden. Friedrich Wilhelm litt unter der Haltung seines Vaters, akzeptierte die Rolle als Sohn und Thronerbe aber loyal, wenn auch verdrossen. Seine Weigerung, die väterliche Autorität infrage zu stellen, veranlasste Zeitgenossen sogar zu der Beobachtung, er sei »ein besserer Sohn als Politiker«. ⁴ Erst als die Langlebigkeit seines Vaters seine eigenen Zukunftsaussichten allmählich zunichte machte, wurde der Kronprinz immer verbitterter und frustrierter.



Kaiser Wilhelm I. in einem Porträt von Gustav Richter aus dem Jahr 1876. Wilhelm I. war ein sparsamer Mann von strenger, militärischer Haltung. Verehrt wurde er jedoch als »Barbablanca«, als Kaiser Weißbart, der sein Volk pflichtbewusst beschützt.

Dabei hätte Wilhelm I. wissen können, wie man als Monarch das Verhältnis zu seinem Sohn einfühlsam und konstruktiv gestaltet. Schließlich hatte er selbst nur zu gut erfahren, was es bedeutete, in einer dynastischen Familie eine untergeordnete Stellung einzunehmen. Er wurde 1797 als zweiter Sohn des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen und seiner Gemahlin Luise geboren. Geistig weniger agil als sein älterer Bruder, zeigte Prinz Wilhelm stattdessen echtes Talent für die ihm vorherbestimmte militärische Laufbahn. Nach den traumatischen Erfahrungen der napoleonischen Kriege und des frühen Todes seiner Mutter im Jahr 1810 absolvierte er eine steile Offizierskarriere.

1820 übernahm er das Kommando der Ersten Gardedivision. Bis dahin gab es kaum Anzeichen dafür, dass irgendetwas die Beziehung des Prinzen zu seinem Vater ernsthaft belasten könnte. In diesem Jahr erfuhr der König indes von den zarten Gefühlen, die sein Sohn für Prinzessin Elisa Radziwill hegte, eine junge polnische Adlige. Wilhelm betrachtete Elisa als für sein »Lebensglück unentbehrlich«, doch Elisa war nicht standesgemäß, und dieses Hindernis ließ sich nicht überwinden. Die anrührende Geschichte von »Wimpus«, dem liebeskranken Prinzen, und seiner Angebeteten zog sich sechs qualvolle Jahre hin. 1826 untersagte der König seinem Sohn schließlich die Beziehung. Der Prinz gehorchte. »In frommer Demut und Unterwürfigkeit werde ich ein Schicksal ertragen, das der Himmel mir auferlegt«, lautete seine Antwort. Der Schmerz saß tief. Noch dreißig Jahre später zählte Wilhelm seine erste große Liebe zu den wichtigsten Gegebenheiten seines Lebens. Dennoch fügte er sich auch dem Wunsch seines Vaters, eine geeignete Braut zu finden; 1829 heiratete er pflichtschuldig Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar.⁵

In seiner Eigenschaft als Thronerbe seines kinderlosen Bruders erwies Prinz Wilhelm sich als weniger ehrerbietig. Nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1840 gewann er, ohnehin ranghöchster General der Armee, mit der Übernahme des Vorsitzes im Minister- und im Staatsrat wesentlich an Einfluss. Unwillig, selbst die begrenzten Verfassungsänderungen mitzutragen, die sein Bruder in den vierziger Jahren einführte, wurde Prinz Wilhelm immer unbeliebter. Im Verlauf der sogenannten Berliner Kartoffelrevolution griff die erboste Menge im April 1847 insbesondere sein Palais an. Während der Revolution von 1848 war Wilhelm als »Kartätschenprinz« verschrien, da er bekanntermaßen einen rücksichtslosen Einsatz des Militärs befürwortet hatte. Als sein Bruder beschloss, die Truppen aus der Hauptstadt zurückzuführen anstatt den Kampf gegen die Revolutionäre fortzuführen, reagierte Wilhelm mit einem Wutausbruch. »Bisher habe ich wohl gewußt, daß Du ein Schwätzer bist«, schrie er den König an, »aber nicht, daß du eine Memme bist. Dir kann man mit Ehren nicht mehr dienen!« Friedrich Wilhelm IV. schickte seinen Bruder außer Landes, um ihn vor der Wut der Menge zu schützen; zwar kehrte Wilhelm zurück,

um das preußische Militär bei seinem Sieg über die Revolutionstruppen anzuführen, dennoch blieb das Verhältnis zwischen den Brüdern gespannt. In den fünfziger Jahren griff Wilhelm, der inzwischen eine gemäßigtere Politik vertrat, den reaktionären Kurs der Regierung in Berlin an, und als er im Mai 1854 erfuhr, dass sein Vertrauter Eduard von Bonin als Kriegsminister entlassen worden war, schickte er dem König einen ungewöhnlich schroffen Brief. Wilhelm verlangte Bonins Wiedereinsetzung und drohte seinem Bruder mit öffentlichem Protest. Friedrich Wilhelm IV. ignorierte den Vorschlag seiner Berater, scharf gegen den Aufmüpfigen vorzugehen, und verordnete ihm nur einen vierwöchigen Urlaub. Gedemütigt und ausmanövriert, verbrachte Wilhelm die verbliebene Zeit bis zu seiner Regentschaft damit, sich auf seine militärischen Pflichten zu konzentrieren.⁶

In den ersten drei Jahrzehnten mag die Beziehung zwischen Prinz Wilhelm und seinem Sohn zu der Hoffnung Anlass gegeben haben, hier sei mit der traurigen Familientradition der Hohenzollern gebrochen worden. Nichts wies in diesen Jahren darauf hin, dass es je zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten zwischen Vater und Sohn kommen könnte. Friedrich Wilhelm wurde wenig mehr als zwei Jahre nach Wilhelm und Augustas Hochzeit geboren, und als sieben Jahre später ein zweites Kind, Luise, hinzukam, war die Familie vollständig. Neben der Erziehung, die Friedrich Wilhelm von zivilen Hauslehrern erhielt, durchlief er die militärische Ausbildung, die für einen preußischen Prinzen als unerlässlich galt. Er machte seine Sache gut. In zahlreichen zeitgenössischen Schilderungen ist von Prinz Wilhelms Stolz die Rede, als sein siebenjähriger Sohn ihn im März 1839 in der Uniform des Stettiner Garde-Landwehr-Regiments und in korrekter militärischer Haltung mit einem genauen militärischen Lagebericht erfreute. Bereits zwei Jahre später wurde Friedrich Wilhelm zum Sekondeleutnant ernannt; 1849 folgte die Beförderung zum Premierleutnant, und er begann seinen aktiven Militärdienst. Als Prinz Wilhelm während der Revolution von 1848 aus Berlin floh, sandte ihm sein Sohn Briefe voller Wärme und Zuneigung. »Ich hoffe zu Gott«, schrieb der junge Mann am 24. März, »daß er dir eine glückliche und ungefährliche Reise geben möge und wir uns nach kurzer Zeit und in einer froheren Stimmung

wieder sehen mögen! Ich habe nicht aufgehört an dich zu denken.« Fünf Wochen später ließ er ihn wissen: »Es ist mir fast unmöglich, dir alle die Beweise von Anhänglichkeit und Liebe, seitens der Offiziere, mitzuthemen welche mir täglich zu Theil werden. Jeder frägt nach dir und freut sich so, wenn ich ihnen Mittheilungen von dir mache.«⁷

Als Friedrich Wilhelm von 1849 bis 1852 an der nahen Bonner Universität studierte, besuchte er seine Eltern häufig, deren Koblenzer Hof sich zum politischen Mittelpunkt der gemäßigt liberalen Wochenblatt-Partei entwickelte. Auch die Idee, den jungen Prinzen mit Prinzessin Victoria, der ältesten Tochter Königin Victorias und Prinz Alberts, bekannt zu machen, fand rasch Wilhelms und Augustas Zustimmung. Mit der Verlobung von Friedrich Wilhelm und Victoria 1855 verstärkten nun Familienbande die Ablehnung, mit der die vier Eltern wie auch das junge Paar selbst auf die ultrakonservative, russlandfreundliche Politik der preußischen Regierung reagierten. Als das Paar im Januar 1858 in London heiratete, war Prinz Wilhelm bei der Zeremonie zugegen. Neun Monate später übernahm er nach einem längeren Kampf mit der konservativen Clique, die bisher die preußische Regierung kontrollierte, als Prinzregent die volle monarchische Gewalt, die sein schwerkranker Bruder gezwungen war abzugeben.

Zunächst führte Wilhelms Regentschaft sogar dazu, dass die Beziehung zwischen Vater und Sohn noch enger wurde. Die Übernahme der Macht durch den Prinzregenten und die Entlassung des konservativen Ministeriums unter der Führung Otto von Manteuffels wurden in Preußen als der Beginn einer »Neuen Ära« angesehen. Landauf, landab verbreiteten sich leicht übertriebene Hoffnungen auf größere politische Freiheiten innerhalb des Königreiches sowie auf Fortschritte auf dem Weg zur nationalen Einheit Deutschlands. Der Kronprinz war von Anfang an aktiv an der Regentschaft beteiligt. Am 8. November 1858 stellte Prinzregent Wilhelm seinem Sohn das neu ernannte Ministerium vor und lud ihn ein, an den Treffen des Ministerrates teilzunehmen. Friedrich Wilhelm war erfreut über die Anerkennung, die ihm der Prinzregent zuteil werden ließ. »Ich empfand unendliches Glück in dem großen Vertrauen, mit welchem mein Vater sowohl während der Vorbereitungen zur Regentschaft als auch während der ganzen Zeit nach-

her und so unausgesetzt mich in alle Verhältnisse einweihte«, schrieb er im Januar 1859.⁸

Die ungetrübte Harmonie zwischen den beiden Generationen überdauerte das erste Regentschaftsjahr und wurde durch die aktive Unterstützung noch vertieft, die der Sohn dem Hauptanliegen des Vaters gewährte: der Heeresreform. Für Friedrich Wilhelm bedeutete Loyalität gegenüber dem Monarchen, dass die Vorschläge des Regenten unverändert anzunehmen waren. Er teilte daher die Verärgerung seines Vaters über die Unwilligkeit des preußischen Parlaments, diese zu ratifizieren. Im Juni 1860 belohnte Wilhelm seinen Sohn öffentlich für dessen Verlässlichkeit. Er ernannte ihn zum Chef des Ersten Grenadier-Regiments, und Friedrich Wilhelms Tagebuch bezeugt den Stolz und den »Dusel vor Freude«, die der so Geehrte empfand. Uneingeschränkte Unterstützung und Ergebenheit kennzeichnen auch einen Brief, in dem der Kronprinz sich ein halbes Jahr später zur Regierung seines Vaters äußerte. »[I]m Inlande wie im Auslande hochgeehrt und geachtet bestiegt er einen Thron, auf welchem er in seinem reifen Mannesalter [...] nicht erst einer langen Schule von Versuchen und Prüfungen bedarf«, schrieb er im Februar 1861, wenige Wochen, nachdem der Tod des siechen Königs Friedrich Wilhelm IV. die Regentschaft beendet hatte. Der Kronprinz lobte seinen Vater für die Reform der preußischen Armee, für seine Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit. »Gott möge mir beistehen«, so schloss er, »mich als der würdige Sohn eines solchen Vaters zu benehmen und ihn in mir die Stütze finden zu lassen, die ich ihm so gerne sein will.«⁹

Wenn überhaupt, war die frühe Beziehung Friedrich Wilhelms zu seinen Eltern vor 1861 durch emotionale Probleme getrübt. Der Sohn scheint seine Eltern als relativ distanziert empfunden zu haben. Außerdem war er sich der Spannungen zwischen seinem Vater und seiner Mutter bewusst. Eigensinnig, intelligent und an den kulturellen Reichtum Weimars gewöhnt, mit einem Hang zu höfischem Glanz und mehr als einem Hauch Arroganz ausgestattet, war es Prinzessin Augusta nicht leichtgefallen, sich in die karge Umgebung des preußischen Hofes einzufügen. Prinz Wilhelm ärgerte es, wenn er sich mit dem häufig lebhafteren Intellekt und der scharfen Zunge seiner jungen Frau konfrontiert

sah. Dies führte nicht selten zu stürmischen Szenen. »Leider gewöhnt sich Mama je mehr und mehr an, jeden kleinen Einwand, namentlich meines Vaters, mit Aufregung u. Leidenschaft aufzugreifen; ihr kränklicher körperlicher Zustand kommt dazu, so daß bei dem seltenen Alleinsein à 3, leider wenige gemütliche Gespräche stattfinden«, gestand Friedrich Wilhelm seiner Verlobten im Dezember 1857. »Ich, der ich gerne stets den Vermittler zwischen beiden abgeben möchte, befinde mich alle Augenblicke in den peinlichsten Situationen.« 1861 schrieb Prinzessin Victoria ihrer Mutter, ihr Gemahl habe niemals die »vertrauensvolle und furchtlose Liebe eines Kindes zu einem Elternteil« erfahren und seine Eltern nie als seine besten Freunde betrachtet. Tatsächlich war Friedrich Wilhelm 1863 überrascht über den Ton eines Briefes, den er von seinem Vater erhielt: »S.M. gab sich Mühe, recht väterlich liebevoll zu schreiben, wie's selten in seinem Stil vorgekommen.«¹⁰

Diese unterschwelligten Spannungen gewannen an Bedeutung, als sich zwischen Vater und Sohn politische Meinungsverschiedenheiten auftraten. Die Krise, die die glücklichen Tage der »Neuen Ära« beendete und Preußen in einen Verfassungskonflikt stürzte, wirkte in dieser Hinsicht als starker Katalysator. Der König reagierte mit Entrüstung, als das liberal dominierte Abgeordnetenhaus seine Militärreformen trotzig ablehnte, und ließ den vorsichtigen Liberalismus, der den Beginn seiner Regentschaft gekennzeichnet hatte, schon bald hinter sich. Er bezichtigte alle außer den konservativsten seiner Minister der Unfähigkeit und bestand dogmatisch auf der vollen Umsetzung seiner Pläne, einschließlich der umstrittenen dreijährigen Wehrpflicht.

Friedrich Wilhelm unterstützte den väterlichen Plan, das preußische Militär zu stärken, aus ganzem Herzen und in aller Öffentlichkeit. Als die neu geschaffenen Regimenter im Januar 1861 mit großem Zeremoniell ihre Fahnen überreicht bekamen, kommandierte der Kronprinz die versammelten Truppen und erlebte das Ereignis als »unvergeßlich schöne Feier«. Der Einschätzung des Königs, dass die politische Situation alarmierend sei, stimmte er jedoch keineswegs zu. »So wirst Du wissen«, schrieb Friedrich Wilhelm im April 1861 an seinen Schwiegervater, »dass Papa leider noch immer sich nicht frei machen will von jenen schwarzen Gedanken die Revolution überall wittern und selbst

trotz aller Anerkennung der vortrefflichen Leistungen unserer Minister auch diesen häufig nivellierende Absichten zuschreibt.« Im Vorfeld der Dezemberwahlen 1861 sandte der Kronprinz seinem Vater einen langen Brief, in dem er ihn beschwor, das Ministerium nicht durch ein konservativeres zu ersetzen, um so den Vorwurf zu entkräften, er kehre zu einer reaktionären Politik zurück.¹¹

Der entschiedene Sieg der Liberalen bei diesen Wahlen ließ die politische Krise eskalieren. Der König war nun überzeugt, dass er sich auf das Schlimmste vorbereiten müsse. Am 16. Januar 1862, zwei Tage nach der ersten Sitzung des neuen Parlaments, unterschrieb er geheime Befehle, die den Einsatz der Streitkräfte im Falle eines Aufstands regelten. Sein Sohn war strikt gegen ein solches Vorgehen. In einem Brief an seinen Schwager beklagte Friedrich Wilhelm seines Vaters »unselige Meinung, daß die Démocratie bei uns eine ungeheure Macht sei«. Er zog es vor, sich mit gemäßigten Liberalen wie dem Abgeordneten August von Saucken-Julienfelde, dem Sprecher des Abgeordnetenhauses, Wilhelm Grabow, oder dem Herzog von Ratibor zu treffen, um einen politischen Ausweg aus der drohenden Sackgasse zu finden.¹² Doch seine Bemühungen wurden von den Ereignissen überholt. Nachdem das Parlament den Beschluss gefasst hatte, die provisorische Finanzierung der Militärreformen zu beenden, löste der König es am 11. März 1862 auf. Drei Tage später entließ er die liberalen Mitglieder des Ministeriums und setzte eine neue konservative Regierung ein, deren Leitung Adolf Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen übernahm.

Diese dramatischen Entwicklungen belasteten König Wilhelm außerordentlich, und sein Verhältnis zum Kronprinzen verschlechterte sich rapide. Am 17. März 1862 schrieb Friedrich Wilhelm nach einem Treffen mit seinem Vater an seine Frau: »Gestern beim Tee, wo [...] Papa mich mehr als je gedauert hat, indem ich ihn so innerlich zerfallen und aufgeregt fand, daß er eigentlich gar nicht recht eine andere als seine Meinung für richtig anerkennen mochte. Auch ich mußte mehreres über meine liberalen Ansichten hören.« Während einer Unterhaltung am nächsten Tag verlor der König die Contenance. Im Beisein des Ministers Alexander von Schleinitz beschuldigte er Friedrich Wilhelm, mit den entlassenen Ministern unter einer Decke zu stecken. Nachdem

Schleinitz gegangen war, bezichtigte Wilhelm seinen Sohn offen der Illoyalität; er warf ihm vor, dass die demokratischen Zeitungen den Kronprinzen als ihren Freund und als Gegner des Königs darstellten. Zugleich ermahnte er ihn, in der Wahl seines Umgangs künftig vorsichtiger zu sein. Friedrich Wilhelm war erschüttert, als er seine Eltern verließ. »Wie ich den Abend vor'm Schlafengehen geheult und geschluchzt habe glaubst du nicht«, vertraute er seiner Frau an.¹³

Mit Victorias Unterstützung steuerte Friedrich Wilhelm dennoch weiterhin einen Kurs zwischen seiner eigenen Ablehnung der radikalen Deutschen Fortschrittspartei – die als klare Siegerin aus den Wahlen vom 6. Mai 1862 hervorgegangen war – und seiner Weigerung, den Kurs seines Vaters einzuschlagen, welcher bereit schien, die in der preußischen Verfassung verankerten Rechte des Parlaments zu ignorieren. Auf Befehl des Königs nahm der Kronprinz weiterhin an den Ministeratssitzungen teil, ergriff jedoch nie das Wort. Der Kronprinz besuchte die entlassenen Minister und ihre Frauen, um sich von ihnen zu verabschieden, und nutzte zugleich eine lange Unterredung mit Kriegsminister Albrecht von Roon, dem loyalsten Berater des Königs, um ihm seine volle Unterstützung in der Militärfrage zuzusichern.¹⁴

Im September 1862 scheiterte ein möglicher Ausweg aus dem Patt zwischen Krone und Parlament erneut daran, dass König Wilhelm kategorisch an der dreijährigen Wehrpflicht festhielt. Das Parlament weigerte sich, den Haushalt für die Jahre 1862 und 1863 zu verabschieden, ohne dass der Militärdienst verkürzt wurde, und dem König, der sich von seinen Ministern im Stich gelassen fühlte, erschien die Lage als aussichtslos. Entschlossen, die Machtfülle der Krone nicht durch Zugeständnisse an eine Parlamentsmehrheit zu gefährden, erwog er die Abdankung zugunsten seines Sohnes. Friedrich Wilhelm jedoch, den ein dringendes Telegramm des Vaters nach Berlin beordert hatte, sprach sich vehement gegen einen Schritt aus, durch den der Monarchie ein folgenschwerer Schaden zugefügt werden würde.¹⁵

Obwohl Vater und Sohn einvernehmlich voneinander schieden, gelang es ihnen auch im Verlauf von zwei langen Unterredungen nicht, die Kluft zu überbrücken, die sich zwischen ihnen wegen der angeblich liberalen Neigungen Friedrich Wilhelms aufgetan hatte. Nachdem er

am 19. und 20. September mit dem Kronprinzen und am 22. September mit Otto von Bismarck, dem preußischen Gesandten in Paris, gesprochen hatte, entschied sich der König schließlich gegen die Abdankung und beauftragte Bismarck mit der Übernahme der Regierung. Der neue Ministerpräsident hatte Wilhelm überzeugt, dass es seine Pflicht sei, den Kampf fortzusetzen. Friedrich Wilhelm war schockiert, als er von Bismarcks Ernennung erfuhr, weil er annahm, dass dessen Ruf als unerbittlicher Reaktionär das Parlament weiter provozieren würde. »Mußte es dahin kommen«, seufzte er, »nachdem im September 1858 die Regentschaft unter so herrlicher Aussicht eingesetzt ward?« Der Kronprinz befand sich immer noch in einem Dilemma: Obwohl er sich davor fürchtete, den Zorn seines Vaters noch anzustacheln, war er jetzt mehr denn je gegen den Kurs der königlichen Regierung eingestellt. Gut zwei Monate lang ging er dem Problem durch ausgedehnte Reisen nach Frankreich, Italien, Malta und Nordafrika aus dem Weg. Als er schließlich zurückkehrte, nahm er eine steife Pose bemühten Schweigens ein. »Der Kronprinz spricht gar nicht über Politik, gar nicht«, schrieb einer seiner Vertrauten im Februar 1863. »Er sitzt im Ministerrat als Bildsäule und memento mori. [...] Dieses Schweigen soll auf der einen Seite Kompromittierung nach unten, auf der anderen den Bruch mit dem Vater verhindern.«¹⁶ Je länger der Konflikt zwischen Krone und Parlament währte, desto mehr wuchs jedoch auch der Druck auf den Kronprinzen, seine passive Haltung aufzugeben und seine wahren Ansichten preiszugeben.

Bereits seit Monaten waren Friedrich Wilhelm Gerüchte bekannt, dass die Regierung die Parlamentsferien im Sommer 1863 nutzen wollte, um gegen die oppositionelle Presse vorzugehen. Ende Mai mehrten sich dafür die Anzeichen. Da der König sich weigerte, das Thema mit ihm zu besprechen, entschloss sich der Kronprinz, den Vater schriftlich vor verfassungswidrigen Schritten zu warnen. Der Ton des Briefes, den er nur wenige Stunden vor seiner Abreise nach Ostpreußen abfasste, offenbart Friedrich Wilhelms ganze Verlegenheit: »Du weißt es, lieber Papa, wie ich mit ganzer Seele an Dir hänge, wie es keinen Menschen auf der Welt gibt, der Dir treuer ergeben ist als ich, und wie Deine Wünsche immer Befehle für mich sind. Als Dein Sohn wirst Du von

mir erwarten, daß ich immer offen und ehrlich gegen Dich sei [...] aber wie dürfte ich schweigen, wenn ich Dein Glück, Dein Ansehen, Deine von Gott verliehene Stellung, die ja eins sind mit dem Glück Deines Landes, Deiner Kinder und Enkel, bedroht sehe.« Er erinnerte den König an sein strikt eingehaltenes Schweigen seit ihrer Konfrontation im März des Vorjahres und trug dann seine Bitte vor: dass Wilhelm niemals einer Verletzung der Verfassung zustimmen möge. Als er den Brief abgeschickt hatte, notierte Friedrich Wilhelm in seinem Tagebuch, dass er aus seiner »neutralen, negativen Haltung hervortreten« müsse, falls verfassungswidrige Schritte begangen würden, und dann wäre »der längst gefürchtete Augenblick da, wo ich dem lieben Papa müssen Herzeleid antun. [...] Gott verhüte dies!«¹⁷

Sein Gebet wurde nicht erhört. In seiner Antwort beschuldigte der König den Kronprinzen am 1. Juni, nicht diskret genug mit ihren politischen Meinungsverschiedenheiten umgegangen zu sein. Wilhelm ermahnte seinen Sohn, sich gegen die Opposition auszusprechen und die Konservativen zu unterstützen. Außerdem schränkte er per Erlass vom selben Tag die verfassungsmäßig garantierte Pressefreiheit ein. Die gesetzliche Grundlage für diese Notverordnung wurde allgemein als außerordentlich dubios betrachtet. Nach Auffassung des Kronprinzen waren jetzt die Umstände eingetreten, die ihn zu einer öffentlichen Stellungnahme zwangen. Am 4. Juni 1863 informierte er seinen Vater über seinen entschiedenen Protest gegen den Presseerlass, nicht ohne ihm am Ende des Briefes leidenschaftlich zu versichern: »Mein eifrigstes Bestreben bleibt wie bisher, Deine Liebe zu mir zu erhalten.« Am folgenden Tag nutzte er jedoch eine öffentliche Veranstaltung im Danziger Rathaus, um sein Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass zwischen Regierung und Volk ein Konflikt entstanden sei, und tat kund, er habe vorab von dem Presseerlass keine Kenntnis gehabt. Seine Absicht sei es gewesen, so schrieb er an jenem Abend in sein Tagebuch, sich »laut als Gegner Bismarcks und seiner unheilvollen Theorien bekannt« zu haben. »Das Ministerium soll sich getroffen fühlen, das ist meine Absicht.« Allerdings war ihm bewusst, dass sein Vater sich persönlich angegriffen fühlen würde. Seine Rede hatte er daher loyal mit einem Hinweis auf die »edlen und landesväterlichen Intentionen und hochherzigen Gesin-

nungen des Königs« beendet. Aber der Schaden war angerichtet. König Wilhelm schickte seinem Sohn einen wütenden Brief, in dem er ihn ernsthaft maßregelte und ihn warnte, jegliche weitere derartige Äußerung hätte zur Folge, dass er nach Berlin zurückbeordert und womöglich sämtlicher Kommandostellen enthoben werden würde.¹⁸

Obwohl er selbst den Gehorsam gegenüber dem Vater als qualvoll empfunden und sich gegenüber seinem Bruder einer teilweisen imperinenten Opposition schuldig gemacht hatte, war Wilhelm I. zunächst zu keinerlei Milde bereit. Einige seiner konservativen Berater sprachen sogar davon, den Kronprinzen vor ein Militärgericht zu stellen und ins Gefängnis zu werfen. Bismarck erinnerte sich, dass er den König noch am 10. Juni 1863 nur mit Mühe davon abbringen konnte, ähnliche Schritte zu ergreifen wie einst König Friedrich Wilhelm I. gegenüber seinem Sohn. Es bedurfte eines ganz ungewöhnlichen Bündnisses, um Wilhelm von den Vorteilen der Mäßigung zu überzeugen: Königin Augusta, deren Hass auf Bismarck eher noch heißer glühte als der ihres Sohnes, wirkte ebenso auf den König ein wie der Ministerpräsident selbst, der aus dem Kronprinzen keinen liberalen Märtyrer machen wollte. Friedrich Wilhelm hatte dem König währenddessen geantwortet. Er ließ seinen Vater wissen, dass er – mit gebrochenem Herzen und nach inständigem Gebet – sich noch immer von seinem Gewissen gedrängt fühle, bei seiner Haltung zu bleiben. Er sei bereit, die Konsequenzen zu tragen, werde sich nicht mehr öffentlich äußern und sei auch willens, sich von seinen militärischen Ämtern zurückzuziehen. Zudem schlug er dem König vor, ihm einen Ort für ein politisches Exil anzuweisen. Wilhelm ignorierte diese dramatischen Ideen. In seinem Brief vom 10. Juni, »mit väterlicher Liebe, aber mit königlichem Ernste« verfasst, wiederholte er nur den strikten Tadel und machte sein Versprechen der Vergebung von der zukünftigen Diskretion des Sohnes abhängig. Dessen »Vergehen gegen König, Vater und Staat« habe darin bestanden, dass er sich »öffentlich in Opposition mit den Anordnungen [des] Königs gesetzt und [...] dies absichtlich getan« habe. Statt »den Frieden zwischen König und Volk wieder zu befestigen«, habe Friedrich Wilhelm anscheinend das Land zwingen wollen, sich zwischen Vater und Sohn zu entscheiden.¹⁹

In diesem letzten Vorwurf liegt eine Erklärung für seine ursprünglich so scharfe Reaktion und für den bleibenden Schaden, den die Danziger Episode im Verhältnis zwischen Vater und Sohn anrichtete. Preußens Verfassungskonflikt hatte seinen Höhepunkt erreicht, und viele Zeitgenossen fürchteten den Ausbruch einer Revolution. »Man kann vom Land nicht erwarten«, hatte der britische Botschafter in Berlin im Mai 1863 nach London berichtet, »dass es gleichgültig mit ansieht, wie seine verfassungsmäßigen Rechte durch annähernd den gleichen Prozess vollkommen abgeschafft werden, der 1830 in Frankreich mit der Vertreibung einer Dynastie bestraft wurde«. Wilhelm, der die Kühnheit seines Ministerpräsidenten häufig genug mit Beklommenheit beobachtete, fühlte sich verletztlich. Am 1. Juni 1863 hatte er seinen Sohn um Unterstützung gebeten, und der hatte mit einem öffentlichen Angriff auf die Regierung geantwortet. Auch der erneuten indirekten Bitte um Solidarität im Brief seines Vaters vom 10. Juni kam der Sohn nicht nach. Er mochte sein Versprechen halten, die Regierung nicht noch einmal öffentlich zu kritisieren, aber seine Haltung war eindeutig. »Meine Ansichten erhellen aus den Danziger Worten«, schrieb er seinem Vertrauten Max Duncker im Juli 1863, »mehr thun oder reden will ich nicht, da ich kein Oppositionsführer sein will.«²⁰

Obwohl der Kronprinz während zweier langer Unterredungen im August 1863 seinen »Papa gütig und liebevoll« fand, bewirkten auch diese Treffen keine Annäherung. Ihre Differenzen flammten im folgenden Monat wieder auf, als Friedrich Wilhelm darum bat, von der Teilnahme an den Ministerratssitzungen entbunden zu werden. Der wütende König ordnete die Anwesenheit seines Sohnes an, damit dieser aus erster Hand erfahre, was die Regierung zu tun gedenke, anstatt sich auf die Informationen anderer zu verlassen. Der Kronprinz weigerte sich, diesen Befehl zu befolgen, und sandte seinem Vater eine etwas umständliche Denkschrift, in der er seine Ansichten über die Rechte und Pflichten des Thronerben darlegte und sich darüber beschwerte, dass er – durch seine bloße Anwesenheit bei diesen Sitzungen – mit politischen Maßnahmen in Verbindung gebracht werde, die seinen Überzeugungen widersprächen. Friedrich Wilhelm wiederholte einmal mehr seinen dringenden Wunsch, von den Sitzungen freigestellt zu

werden. Andernfalls, drohte er, könnte er sich gezwungen sehen, seine Ansichten mit ausgewählten Außenstehenden zu teilen, um falschen Eindrücken entgegenzuwirken. Selbst nach einer erneuten Weigerung des Königs blieb der Kronprinz beharrlich. In einem Brief, den er seinem Vater am 20. November 1863 während eines Besuches auf Schloss Windsor schrieb, stellte er dessen Behauptung infrage, dass es die Pflicht – und nicht nur das Recht – des Kronprinzen sei, an den Ministerratssitzungen teilzunehmen. Er erklärte, er sehe sich dazu nicht in der Lage, und erläuterte noch einmal seinen Widerstand gegen die Regierung, die er für nicht verfassungsmäßig hielt. Wie zu erwarten, war der nächste Eklat nur eine Frage der Zeit. Im Januar 1864 traf Friedrich Wilhelm seinen Vater, um zu ergründen, warum er angewiesen worden war, Regierungsinterna nicht mehr mit seiner Frau zu besprechen. Der Kronprinz beschrieb den Austausch als »peinliches Gespräch unter Heftigkeitsausbrüchen«. Ursache seines Misstrauens sei noch immer die Danziger Rede, hatte der König seinen Sohn angefahren. Der Kronprinz sei ein Mann der Opposition, und man müsse sein Tun im Auge behalten.²¹

Wilhelm I. regierte nach diesem Treffen noch fast ein Vierteljahrhundert; Vater und Sohn befanden sich in dieser Zeit im Zentrum beinahe unvorstellbarer Veränderungen, die für ihre Dynastie wie für ihr Land von außerordentlicher Bedeutung waren. Dennoch sollte Wilhelm die grundlegenden Bedenken gegen seinen Sohn, die er im Januar 1864 geäußert hatte, niemals mehr aufgeben. Es ist aufschlussreich, dass der König in Momenten äußerster politischer Anspannung dazu neigte, den Kronprinzen auf der Seite seiner Gegner zu wähen. Nach dem preußischen Sieg über Österreich waren König Wilhelm und Bismarck in einen heftigen Machtkampf verstrickt. Der Ministerpräsident bestand auf einem schnellen und moderaten Frieden, der König auf einem triumphalen und das Habsburgerreich bestrafenden Friedensschluss. Zum Nachgeben gezwungen, schrieb Wilhelm verbittert: »Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stich läßt [...], habe ich die Frage mit meinem Sohn erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen [...] einen so schmerzhaften

Frieden anzunehmen.« Dasselbe Muster ließ sich während eines Wutanfalls des Königs beobachten, den er am Tag vor seiner Ausrufung zum deutschen Kaiser im Januar 1871 hatte. Verzweifelt bei dem Gedanken, den ehrwürdigen Traditionen Preußens untreu zu werden, grollte der alte Mann: »Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte.«²²

Und Wilhelm behielt seine Befürchtungen und grundsätzlichen Zweifel, was seinen Sohn anging, nicht für sich. Seiner engsten Familie waren diese Ansichten ohnehin vertraut. 1869 beklagte sich der König bei seiner Tochter über Friedrich Wilhelm. »Das systemlose Oppositionsmachen geht nicht nur weit«, so sagte er Luise, »sondern verdrängt alle pflichtgemäßen Rücksichten kindlicher Ehrfurcht.« Bei einer heftigen Auseinandersetzung mit seiner Frau im März 1880 nannte Wilhelm seinen Sohn gefährlich und einen Anhänger staatsfeindlicher Parteien. »Wäre er nicht der Kronprinz, so wäre er es wert, beseitigt zu werden«, soll er zu ihr gesagt haben.²³ Doch auch in Gesprächen mit dem Statthalter von Elsass-Lothringen und Bismarcksohn Herbert im Herbst 1886 beschrieb er Friedrich Wilhelm verschiedentlich als politisch unter dem Pantoffel seiner Frau stehend, verschlossen, den Vorrechten des Monarchen gegenüber respektlos und äußerst misstrauisch. Dem Hofbeamten Karl von Wilmowski zufolge erklärte der Kaiser 1887 bei mehr als einer Gelegenheit, er habe keinen Sohn mehr und der Kronprinz sei ein Fremder. Wenn Wilhelm in seinen letzten Lebensjahren von »seinem Sohn« sprach, so wird berichtet, meinte er fast immer seinen Enkel Prinz Wilhelm, nicht den Kronprinzen. Sogar eine öffentliche Brüskierung war möglich. Im April 1864 – da war der Konflikt noch relativ frisch – dankte Wilhelm bei der Enthüllung eines Denkmals zum Andenken an den kurz zuvor beendeten Feldzug gegen Dänemark zahlreichen Personen überschwänglich, ignorierte den Kronprinzen jedoch vollkommen. Dabei war dieser nicht nur anwesend, sondern hatte neben Feldmarschall Wrangel und General Moltke bei dem Sieg auch eine entscheidende Rolle gespielt.²⁴

Wilhelms Entfremdung von seinem Sohn äußerte sich vor allem in zweierlei Hinsicht. Der Kaiser schien entschlossen, den Kronprinzen

von allen Staatsangelegenheiten fernzuhalten, und er übte eine sehr strenge Kontrolle über das häusliche Leben seines Sohnes aus. Das Kronprinzenpaar litt unter dem einen wie unter dem anderen. In seinen Memoiren erwähnte Wilmowski die häufige Klage des Kronprinzen, dass sein Vater nie politische Angelegenheiten mit ihm diskutiere und ihn vollkommen unwissend halte. Für Wilmowskis Erinnerung scheint es Anlässe genug gegeben zu haben. Im Juli 1864 schrieb Friedrich Wilhelm an den König mit einer Spur Bitterkeit, dass er gerade einen Brief an ihn begonnen habe, um einen möglichen Waffenstillstand mit Dänemark zu erörtern, als er erfuhr, dass ein solcher bereits geschlossen worden sei. In ähnlicher Weise musste der Kronprinz aus den Zeitungen erfahren, dass im März 1871 mit Frankreich Frieden geschlossen worden war. Darüber hatte er nie eine offizielle Nachricht erhalten. Als Bismarck sieben Jahre später dem Kronprinzen die Gelegenheit geben wollte, als Statthalter von Elsass-Lothringen einige Regierungserfahrung zu sammeln, widersetzte sich Wilhelm der Ernennung mit der Begründung, die Familie seines Sohnes könnte zu Ausländern werden, wenn sie in Straßburg wohnte. Auch der britische Botschafter in Berlin berichtete 1881, dass Wilhelm niemals Staatsangelegenheiten mit dem Kronprinzen bespreche, der sich darüber mit bitteren Worten beklage. Friedrich von Holstein notierte drei Jahre später: »Der Kaiser ignoriert den Kronprinzen bei allem, sagt ihm womöglich gar nichts.« Noch im März 1887 teilte Friedrich Wilhelm dem Statthalter von Elsass-Lothringen mit: »Ich erfahre alles nur durch die Zeitungen, und dabei ist der Kaiser 90 Jahre alt.«²⁵

Durch Wilhelms Kontrolle seiner privaten Familienangelegenheiten fühlte sich Friedrich Wilhelm sogar noch stärker verletzt und bevormundet als durch den Ausschluss aus der politischen Sphäre. »Wie soll ich das alles meinem armen Frauchen mitteilen?«, fragte sich der Kronprinz im Oktober 1864 in seinem Tagebuch. Er hatte einen Brief erhalten, in dem sein Vater eine Höchstdauer für einen geplanten Familienurlaub in der Schweiz festlegte, verbot, dass die Kinder das Ehepaar dabei begleiteten, und anordnete, dass das neugeborene Baby einer Amme zu übergeben sei. Im Oktober 1870 beklagte sich Prinzessin Victoria bei ihrer Mutter über einen »sehr unfreundlichen Brief«, den der